

Antworten von Viktoria Kruse (Die Grünen) auf die Fragen von Parents & Fridays For Future Göppingen

Klimagerechtigkeit & Klimaziele:

1. Soll Deutschland Klimaneutralität (d. h. nicht mehr Emissionen zu produzieren als in der Natur gebunden werden) vor 2045 anstreben?
→ Ja, auf jeden Fall. Wir haben nicht die Zeit bis 2045 zu warten. Im Grünen Wahlprogramm heißt es „innerhalb von 20 Jahren“ aber ich werde mich dafür einsetzen, dass wir alles unternehmen das zu unterschreiten.
2. Sollen die Emissionen schon bis 2030 entscheidend reduziert werden? Um wie viel im Vergleich zum aktuellen Jahr?
→ Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz generationen-und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus 70 Prozent anheben.
3. Historisch ist Deutschland für etwa 6 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Haben wir eine Verantwortung gegenüber armen Ländern, die wenig zum Klimawandel beitragen, aber stark von den Folgen betroffen sind? Soll Deutschland solche Länder finanziell unterstützen?
→ Wir wollen auch der historischen Verantwortung von Deutschland und Europa gerecht werden. Internationale Kooperation für Klimagerechtigkeit ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz wollen wir besser ausstatten und setzen uns für einen zusätzlichen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ein, um daraus zum Beispiel Klimarisikoversicherungen zu finanzieren. Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung werden wir beenden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank oder die KfW sollen zu Transformationsbanken umgebaut werden.

Gesetzliche Rahmenbedingungen:

4. Sollen alle Beschlussvorlagen in Bund, Ländern und Kommunen auf ihre Auswirkungen für unser Klima geprüft werden?
→ Das finde ich grundsätzlich sinnvoll, allerdings muss erst geklärt werden welche Instanz das wie prüft.
5. Soll eine Verpflichtung zum Klimaschutz im Aktienrecht verankert werden?
→ Kurzfristig sollten grüne Investitionen steuerlich begünstigt werden. Langfristig müssen neue europäische Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte her
6. Unterstützen Sie die Schaffung eines Klimabürger*innenrats oder einer Klimaversammlung?

→ Das kann ich mir gut vorstellen, allerdings käme es auch da auf die Ausgestaltung und die Besetzung an. Ich sehe Formen direkter Demokratie nur dann positiv, wenn sichergestellt ist, dass die Teilnehmenden sich genügend Einarbeiten können.

7. Unsere Wirtschaft wird sich wandeln. Unterstützen Sie die verstärkte Förderung von Umschulungsmaßnahmen für ökologisch und sozial nachhaltige Berufe?
→ Ja, das ist nötig, damit die Transformation klappt. Grundsätzlich muss jede Person die Entscheidungsfreiheit besitzen, ihren beruflichen Werdegang selbst zu entscheiden. Jedoch sollten ökologische und soziale Berufe prinzipiell gefördert werden.
8. Das Lieferkettengesetz soll sicherstellen, dass größere Unternehmen Verantwortung für die gesamte Entstehung ihrer Produkte übernehmen. Bisher geht es dabei aber vor allem um den Schutz der Menschenrechte, um soziale Standards und Gesundheit. Unterstützen Sie eine Erweiterung des Lieferkettengesetzes, damit auch die anfallenden Treibhausgase in der Produktion bilanziert werden?
→ Nachbesserungen und Erweiterungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, zum Beispiel eine Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten.
9. Unterstützen Sie die Einführung eines verpflichtenden Energielabels, das angibt, wie viel CO₂ bei der Herstellung eines Produktes freigesetzt wurde?
→ Ja! Von dieser Transparenz würden auch die Konsument*innen profitieren.
10. Sollen Unternehmen verpflichtet werden, ihre Produkte langlebiger zu gestalten?
→ Das finde ich eine gute Idee, ich habe nur bisher kein Konzept gesehen, wie das gehen soll. Durch längere gesetzliche Garantiezeiträume könnte man zumindest dazu verpflichten, Produkte nicht absichtlich kurzlebig zu gestalten. Da bin ich dafür.
11. Sollen alle klima- und umweltschädlichen Subventionen (Beispiele: Ausnahmen EEG-Umlage, Energiesteuerbefreiung von Kerosin, Steuervorteile Dienstwagen, Mehrwertsteuerreduktion bei tierischen Lebensmitteln, ...) abgeschafft werden?
→ Ja! Außerdem sollen umweltfreundliche Subventionen gefördert werden.
12. Seit Januar 2021 unterliegen fossile Energieträger einer CO₂-Bepreisung. Derzeit liegt diese bei 25 € pro Tonne. Das Umweltbundesamt errechnet allerdings Kosten einer Tonne CO₂ in Höhe von 201€. Wo sollte, Ihrer Meinung nach, der CO₂-Preis kurz-, mittel- und langfristig liegen?
→ Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den

Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert.

13. Sollen Bürger*innen eine Pro-Kopf-Rückerstattung aus der CO₂-Bepreisung erhalten?
→ Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück. Das macht Klimaschutz sozial, denn Ärmere profitieren.

14. Klimaschutzmaßnahmen wie die CO₂-Bepreisung bringen Unternehmen aus Deutschland im internationalen Wettbewerb in eine schlechtere Position gegenüber Mitbewerbern aus Ländern ohne konsequente Klimaschutzmaßnahmen. Wie stehen Sie zu einem möglichen Grenzausgleich, bei dem Einfuhren aus solchen Ländern besteuert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu unterstützen?
→ Ja. Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Derzeit sind die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr gering eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die Emission einer Tonne CO₂ Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen Subventionen ändern. Dieses Ziel müssen wir EU-weit erreichen und dann sollte es auch Zölle auf klimaschädliche Produkte geben, die in die EU importiert werden wollen.

15. Klimaschutz geht nicht alleine. Sind Sie für verstärkte Anstrengungen, weltweite Koalitionen (mit allen Staaten oder nur mit ausgewählten) für Klimaschutz mit einheitlichen Standards aufzubauen?
→ Ja. Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik und setzen uns für globale Klimagerechtigkeit ein: Wir machen Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen zu einer ressortübergreifenden strategischen Priorität unseres internationalen politischen Handelns. Bestehende Abkommen wie das Pariser Klimaabkommen müssen daher dringend von der Bundesregierung eingehalten werden. Je mehr Maßnahmen EU-weit gelten, desto größer ihr Effekt und auch ihr Einfluss auf Staaten außerhalb der EU.

Energie

16. Bis wann soll Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigen? Bis 2038 (wie im Kohlekompromiss beschlossen) oder deutlich früher, wie es Klimawissenschaftler fordern?
→ Wir wollen den Kohleausstieg bis 2030 vollenden.

17. Deutschland braucht mehr Strom aus Erneuerbaren Energien: Für unseren bisherigen Strombedarf, für Elektromobilität und auch für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Wie wollen Sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen?

- Wir setzen auf einen nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO₂. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien und einer Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind. Dem Staat geben wir mehr Möglichkeiten, durch eine intelligente Steuergesetzgebung ressourcenschonendes Verhalten zu belohnen und die Erzeugung von CO₂ mit einem Preis zu versehen. Bisherige bürokratische Hürden für den Ausbau müssen dringend wegfallen.
18. Was ist ihr Zieljahr für die vollständige Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien?
→ 2035
19. Sind Sie dafür, lokale und überregionale Bürgerenergie-Projekte stärker zu fördern, beispielsweise durch den Abbau von Bürokratie?
→ Ja
20. Wasserstoff gilt als Schlüsseltechnologie, um Erneuerbare Energien zu speichern. Heutzutage wird Wasserstoff aber hauptsächlich aus Erdgas erzeugt. Dabei wird CO₂ freigesetzt. Soll dieser Wasserstoff gefördert werden oder ausschließlich erneuerbarer „grüner“ Wasserstoff?
→ Die Planung unserer Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Gefördert werden sollte natürlich der grüne Wasserstoff.
21. Unterstützen Sie den Umbau des bestehenden Erdgasnetzes hin zu einem „grünen“ Wasserstoffnetz?
→ Ja, wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen.

Mobilität

22. Soll ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, zum Beispiel 130 km/h, eingeführt werden?
→ Ja.
23. Soll in den Ausbau des Bahnnetzes investiert werden? Ist es für Sie ein erstrebenswertes Ziel, Fernziele in Deutschland mit öffentlichen Verkehrsmitteln schneller als mit dem Auto erreichen zu können?
→ Ja!! Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende. Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr, resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land attraktive und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr verdichten und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen.
24. Flexibel, von Tür-zu-Tür, bezahlbar: Das Versprechen von Freiheit, das früher eng mit dem Auto verknüpft war, kann heute auch im digital verknüpften

Verkehrsverbund möglich werden. Dafür müssen verschiedene Angebote intelligent miteinander verbunden werden: Unter anderem durch einen Ausbau von Radwegen, des öffentlichen Nahverkehrs und von Carsharing-Angeboten. Finden Sie dies erstrebenswert? Unterstützen Sie die dafür nötigen Rahmenbedingungen wie ein sozial abgefedertes Jahresticket, eine deutschlandweite Mobilitäts-App und eine einfache Bezahlungsfunktion?

➔ Ja, diese Maßnahmen befürworte ich. Mehr Angebote an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing, erleichtern zu pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

25. Soll der gesamte innerdeutsche Flugverkehr auf die Bahn verlagert werden?

➔ Ja, das ist das Ziel. Allerdings muss das Bahnangebot dafür bereits verbessert sein, höchste Eile beim Thema Ausbau Bahnnetz also. Fliegen bringt unsere Welt näher zusammen, ist aber eine der klima- schädlichsten Fortbewegungsarten. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum des Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen Kosten widerspiegeln. Sollte ein klimaneutraler Treibstoff für Flugzeuge irgendwann nutzbar sein, so ist ein gutes Bahnnetzwerk dennoch für den innerdeutschen Verkehr ein riesen Vorteil.

26. Was schlagen Sie vor, um mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern?

➔ Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland muss auch der Güterverkehr zukunftsfähig, emissionsfrei und weniger lärmintensiv sein. Für weniger Lkw-Verkehr wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen und Industrie und Gewerbe wieder ans Bahnnetz anschließen – auch in der Fläche. Wir fördern Investitionen in moderne Güterverkehrstechnik, intermodale Güterverkehrszentren und Umschlagterminals für den kombinierten Güterverkehr. Wir setzen zudem auf regionale Wirtschaftskreisläufe und die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik.

27. Unsere Städte und Gemeinden sind vom Auto geprägt. Neben Straßen haben auch Parkplätze einen erheblichen Platzbedarf. Die Kosten dafür werden oftmals stillschweigend von der Allgemeinheit getragen. Umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrräder, der öffentliche Nahverkehr oder Carsharing reduzieren den Platzbedarf erheblich. Besteht Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf? Soll in unseren Städten und Gemeinden weniger Platz für Autos und mehr Platz für Begegnung, Freizeit und Grünflächen geschaffen werden?

➔ Wir wollen unsere Städte lebenswerter machen und sie dazu bei der Mobilitätswende gezielt unterstützen. Wir werden es ihnen erleichtern, den Raum Straße vielfältig nutzbar zu machen, attraktive Rad- und Fußwege anzulegen, verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und Stadtviertel

voranzutreiben und mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung zu schaffen. Die Ausweitung von – insbesondere stationsbasierten – Carsharing-Angeboten werden wir fördern, da diese für eine Verringerung des Pkw-Bestands in den Städten sorgen.

28. Soll ein Neuzulassungsstopp für Verbrennungsmotoren beschlossen werden?
→ Der Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen.
29. Unterstützen Sie eine fahrleistungsbezogene PKW-Maut inklusive einer CO₂-Komponente (d.h. je umweltschädlicher das Auto desto teurer)? Soll derjenige, der viel fährt und daher Kosten und Umweltschäden verursacht, daran beteiligt werden oder soll wie bisher die Allgemeinheit die Kosten für Vielfahrer tragen?
→ Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO₂-orientierte Maut so regulieren, dass die entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Zudem stärken wir die Möglichkeiten, auch durch europäische Erfolgsmodelle wie eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die Mobilitätswende zu finanzieren, zu fördern und aktiv zu gestalten.

Gebäude / Wohnen:

30. Soll die Förderung für die energetische Sanierung von Gebäuden und den Umstieg auf klimafreundliche Heizungstechniken erhöht, beibehalten oder gesenkt werden?
→ Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische Sanierungen erfolgen.
31. Soll für Neubauten der Passivhausstandard verpflichtend werden?
→ Ja. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude.
32. Soll eine Solarpflicht für Dächer eingeführt werden? Falls ja: Für Privathäuser und/oder gewerbliche Gebäude? Nur im Neubau oder für alle Gebäude? Schmückt oder verschandelt eine gut designte PV-Anlage aus Ihrer Sicht ein Gebäude, das unter Denkmalschutz steht?
→ Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer, Fassaden und Balkons können zu Kraftwerken werden – jede Fläche mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und Contractingmodelle können hier unterstützend wirken. Für besonders erhaltenswerte Bausubstanz werden wir Lösungsansätze erarbeiten. Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung des

Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken.

33. In Mietwohnungen ist es derzeit so, dass der Mieter die erhöhten Kosten durch die CO₂-Bepreisung zu tragen hat, ohne allerdings Einfluss darauf zu haben, dass die Wohnung energetisch verbessert wird. Ein Vorschlag ist, die Kosten zwischen Mieter und Vermieter aufzuteilen. Dann allerdings bezahlt der Vermieter mit, selbst wenn der Mieter überhaupt nicht auf das Energiesparen achtet. Was ist aus Ihrer Sicht fair?

→ Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung einhergehen. Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die Mieter*innen abgewälzt werden können.

Landwirtschaft & Artenvielfalt:

34. Unsere Ernährung, insbesondere mit tierischen Produkten, gehört zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen. Was sind Ihre Vorschläge, diese Emissionen zu verringern?

→ Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis getrieben: Bäuer*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle Massentierhaltung und Billig Fleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar. Es braucht einen Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere brauchen mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir artspezifisch verbindlich regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards einsetzen.

35. Soll der Ausbau des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 25 Prozent erhöht werden?

→ Wir wollen den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller*innen umstellen. Ziel sind 30 Prozent Ökolandbau bis 2030.

36. Soll der Wald als CO₂-Speicher gestärkt, Moore und andere Ökosysteme renaturiert und Biodiversität gefördert werden?

→ Unser Wald ist durch die Klimakrise – durch Hitzewellen, Dürre und Stürme – stark bedroht. Wir erleben heute schon ein Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den 80er Jahren durch den sauren Regen entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Sie halten den Wasserkreislauf in Balance und die Böden fruchtbar, speichern Kohlenstoff, reinigen die Luft, sind der Lebensraum zahlreicher bedrohter Tiere, Pflanzen

und Pilze, produzieren Rohstoffe und dienen der Erholung und Gesundheitsvorsorge. Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den Umbau und die Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die Waldbesitzer*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen.

37. Unterstützen Sie eine kombinierte Tierwohl- und Emissionsabgabe (> 100 € pro Tonne CO₂), aus deren Einnahmen Leistungen von Landwirt*innen vergütet werden können, die bisher unwirtschaftlich waren? Dazu gehören zum Beispiel Leistungen für das Tierwohl, den Moorschutz, den Klimaschutz, den Landschafts-, Biodiversitäts-, Gewässer- und Bodenschutz sowie den Wasserrückhalt und die Umweltbildung und Erholung.
- Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir zum Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt.
38. Unterstützen Sie, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Bau von AgriPhotovoltaik-Anlagen fördern, die auf derselben Fläche weiterhin landwirtschaftliche Nutzung zulassen?
- Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen, indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und den Bau erleichtern. Der Ausbau soll vorzugsweise auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen, neben Autobahnen und Schienen und auf Konversions- oder Bergbaufolgeflächen, erfolgen und nicht auf wertvollem Ackerland. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir vermeiden und stellen den Mehrfachnutzen für Energieerzeugung, Biodiversität und Landwirtschaft in den Vordergrund. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächenanlagen zu Lebensräumen werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so zusätzliche Erträge erzielen.
39. Schon heute gibt es viele Produkte, die aus biologischen Grundstoffen hergestellt werden können: Kleidung aus Kaffeesatz, Smartphone-Displays aus Zucker oder Lebensmittelverpackungen auf Maisbasis. Oder auch Dämmstoffe und andere Materialien im Wohnungsbau. Unterstützen Sie die Förderung von nachwachsenden gegenüber fossilen Rohstoffen?
- Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die endlich sind und uns abhängig machen. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz

von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Bei der Gewinnung heimischer Rohstoffe wollen wir den Dialog zwischen den beteiligten Akteuren forcieren. Ob Verpackung, Gebäude, Auto oder Laptop – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür, dass alle Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und hochwertig recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr, Schluss mit geplantem Verschleiß, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und Abgaberegelungen, Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen.

40. „Negative Emissionen“: Die Aufforstungen neuer Wälder, die Renaturierung ehemaliger Moore, der Aufbau von Humus in unseren Böden (wodurch organischer Kohlenstoff gebunden wird) sowie die Umwandlung von Biomasse in Pflanzenkohle oder die Abscheidung von CO₂ aus dem Abgas von Biomasseverbrennung sind Möglichkeiten zur Schaffung von CO₂-Senken. Sind Sie dafür, dass Regeln für eine verbindliche und transparente Bilanzierung von Senkenleistungen eingeführt werden, die international überwacht werden? Dies soll auch einheitliche Standards schaffen, mit denen Senkenleistungen in der CO₂-Bilanz bei der Berichterstattung von Staaten angerechnet werden können.

→ Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der Unternehmen neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft. Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen die Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise ihre Treibhausemissionen, und setzen uns auch bei internationalen Vorschriften dafür ein. So erreichen wir endlich einheitliche Regelungen für die Messung von nachhaltigem unternehmerischem Erfolg und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass im Wettbewerb Nachhaltigkeit nicht mehr wie heute eher bestraft, sondern positiv angereizt wird.

Wir wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten und für ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen einen Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen, mit dem relevante Gesetzesentwürfe

auf Vereinbarkeit mit den VN-Nachhaltigkeits- und -Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft werden. Auch international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen, indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die Länder des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationalen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein.